

Die SVP macht im Jura gegen Grenzgänger mobil

Am 14. Juni stimmen die Jurassier über einen Regimewechsel bei der Besteuerung von Arbeitnehmern aus Frankreich ab

Die SVP Jura möchte mehr Geld von den ausländischen Arbeitskräften. Mit ihrer Initiative fordert sie, die «frontaliers» an der Quelle zu besteuern. Die jurassische Regierung warnt davor.

Andrea Kucera, Lausanne

Nach Jahren des friedlichen Zusammenlebens ist die Grenzgänger-Polemik im Kanton Jura angekommen. Gewiss gab es schon früher einzelne kritische Kommentare zur Zunahme der Autos mit französischem Kennzeichen; zwischen 2004 und 2013 hat sich die Zahl der «frontaliers» im Kanton von 4039 auf 8251 mehr als verdoppelt. Und 2012 wurde mit hochgezogenen Augenbrauen zur Kenntnis genommen, dass die Uhrenfirma Swatch ausgerechnet in Boncourt – sozusagen in Gehdistanz zur schweizerisch-französischen Grenze – eine neue Produktionsstätte baut. Bereits 2008 wurde ein erster parlamentarischer Vorstoss eingereicht, der nach einer «gerechteren», sprich höheren Besteuerung der Grenzgänger verlangte. Doch erst sieben Jahre später wird

erstmals die Bevölkerung befragt. Am 14. Juni gelangt die SVP-Initiative «Für die Quellenbesteuerung der Grenzgänger» zur Abstimmung.

Mehr oder weniger Geld?

Die Initianten fordern, dass der Kanton aus dem Rahmenvertrag von 1983 zwischen der Schweiz und Frankreich austritt. Das Abkommen regelt die Besteuerung der in Frankreich wohnhaften Arbeitnehmer in der Schweiz in folgenden Kantonen: Jura, Neuenburg, Waadt, Wallis, Bern, Solothurn, Basel-Stadt und Basel-Landschaft. In diesen acht Kantonen gilt, dass die Grenzgänger an ihrem Wohnort in Frankreich besteuert werden, wobei der französische Fiskus 4,5 Prozent der Bruttolohnsumme an die Schweiz überweist. 2013 flossen dem Kanton Jura auf diese Weise 22 Millionen Franken zu. Die Gelder sind eine Abgeltung für die Infrastrukturkosten, die in der Schweiz anfallen, namentlich Strassenunterhalt und Erhalt der Bahninfrastruktur.

Dieses Modell wird nun von der SVP infrage gestellt. Die Partei ist überzeugt: Mit einem Regimewechsel hin zu einem Modell nach Genfer Vorbild liesse sich mehr Geld aus den französischen

Grenzgängern herausholen. Genf besteuert seine französischen Grenzgänger an der Quelle und überweist Frankreich eine Kompensationszahlung, die 3,5 Prozent der Bruttolohnsumme entspricht. Das Tessin kennt ein ähnliches Modell. Der Südkanton besteuert die italienischen Grenzgänger ebenfalls an der Quelle und überweist 40 Prozent der Steuersumme nach Italien.

Wäre die Quellenbesteuerung tatsächlich vorteilhafter für den Jura? Eine von den Regierungen der Kantone Jura und Neuenburg gemeinsam in Auftrag gegebene Studie der Universität Genf kommt für den Kanton Jura zum Schluss, dass ein Regimewechsel Mindereinnahmen von jährlich rund 15 Millionen Franken generieren würde. Die jurassische Regierung empfiehlt deshalb die Initiative zur Ablehnung und hat einen Gegenvorschlag vorgelegt. Dieser sieht vor, das bisherige Modell beizubehalten, aber periodisch zu prüfen, ob die Höhe der Rückvergütungen durch Frankreich anzupassen sei.

Als Grund für die Mindereinnahmen nennt die Studie, die der NZZ vorliegt, unter anderem den Finanzausgleich: Weil bei der Berechnung der Finanzkraft eines Kantons die Rückvergütungen durch einen anderen Staat weniger

stark gewichtet werden als ordinäre Steuereinnahmen, flössen dem Kanton Jura nach einem Regimewechsel weniger Mittel aus dem Ressourcenausgleich zu. Das kann nicht das Ziel der SVP gewesen sein.

Jurassier zuerst

Haben sich die Initianten verrechnet? «Mitnichten», sagt der Urheber der Initiative, Jean Lusa. Er glaube nicht an die Zahlen der Universität Genf; die Studie sei nach dem Gusto der jurassischen Regierung erstellt worden. Laut Lusa sind mit dem Wechsel zur Quellensteuer Mehreinnahmen in der Höhe von 12 bis 15 Millionen Franken zu erwarten. Die SVP stützt ihre Argumentation auf eigene Berechnungen.

Es ist fraglich, ob am 14. Juni überhaupt fiskalische Argumente den Ausschlag geben werden. Die Debatte wird sehr emotional geführt, was sich im Slogan auf den Abstimmungsplakaten der SVP widerspiegelt. «Frontalier d'accord, Jurassien d'abord!», frei übersetzt: «Grenzgänger okay, Jurassier zuerst!». Auch wenn vordergründig nur über die Art der Besteuerung abgestimmt wird, steht letztlich die Akzeptanz der Grenzgänger auf dem Prüfstand.